Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 584. Abendblatt. Freitag den 13 Dezember 1867.

Deutschland.

Berlin, 12. Dezember. Se. Maj. der König hatte bereits Donnerstag Morgens eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck, empfing darauf den kommandirenden General des 4. Armeekorps v. Alvensleben, den Kommandeur der 5. Artillerie-Brigade, Generalmajor v. Kraewel 2c. und arbeitete dann mehrere Stunden mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Chef des Militärkabinets v. Treskow. Nachmittags fuhren die Königlichen Majestäten nach Charlottenburg, speisten bei Ihrer Maj. der Königin Wittwen und kehrte darauf wieder hierher zurück.

— Gestern ist der neuernannte Justizminister Dr. Leonhardt in das Staatsministerium eingeführt.

— Es ist schon gemeldet worden, daß der General im Heere Kaiser Maximilians von Mexiko, Prinz Salm-Salm, mit dem preußischen Geschäftsträger, Baron v. Magnus, sich auf der Rückreise nach Europa befindet. Bekanntlich war derselbe gleichfalls zum Tode verurtheilt, doch hatte der Graf Bismarck das Kabinet von Washington angelegentlichst ersucht, seine Verwendung zu Gunsten des Prinzen, welcher mit dem Kaiser Maximilian in Queretaro gefangen genommen war, bei dem Präsidenten Juarez eintreten zu lassen. Die nordamerikanische Regierung war diesem Wunsche in freundlicher und dankenswerther Weise nachgekommen und hatte ihren Geschäftsträger in Mexiko, Mr. Plumb, zu diesem Zwecke mit den erforderlichen Instruktionen versehen. In Folge der Vorstellungen dieses Vertreters des Kabinets von Washington bei der mexikanischen Regierung, benachrichtigte der mexikanische Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Mr. Plumb, daß die Todesstrafe in Gefängnißstrafe umgewandelt worden sei, welche der Prinz in dem milden Klima von Oaxaca zu erdulden haben würde. Eine erneuerte Vorstellung des nordamerikanischen Vertreters zu Gunsten des Prinzen war von günstigerem Erfolge begleitet. Der Präsident Juarez begnadigte den Prinzen Salm-Salm und befahl seine Freilassung.

— Am Dienstag fand die diesjährige Generalversammlung des Central-Comité des preußischen Vereins zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger statt, welche von der Mehrzahl der hiesigen Mitglieder und mehreren der auswärtigen Vereine besucht war. Die „Spen. Z." berichtet über dieselbe Folgendes: Se. Excellenz der Kriegsminister v. Roon hatte sich ebenfalls eingefunden. Der Vorsitzende, Wirkl. Geh. Rath v. Sydow, trug in gedrängter, doch eben so klarer Darstellung die ganze Wirksamkeit des Vereins im großen Jahre 1866 vor, welche ein erhebendes Bild von Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit bot, schilderte die internationalen Beziehungen des Vereins und sprach den Wunsch aus, daß schon im Frieden eine vollständige Organisation der Vereine stattfinde, damit die vorbereitende Thätigkeit vor einem eventuellen Kriege keine Unterbrechung erleide. Während des Anfangs der Sitzung erfuhr man, daß die Allerhöchste Protektorin des Vereins, J. Majestät die Königin Augusta, um 7 Uhr eintreffen werde, um den zu haltenden Vorträgen beizuwohnen, eine Meldung, welche einen neuen Beweis der großherzigen Theilnahme der Königin an allen ernsten Zwecken patriotischer Thätigkeit darbot. Ihre Maj. erschien zur bestimmten Zeit, geführt vom verehrten Jubilar, dem Wirkl. Geh. Rath v. Frankenberg-Ludwigsdorff; im Gefolge befanden sich die Oberhofmeisterin, die Palastdamen, Gräfinnen Hacke und Oriolla, sowie der Oberhofmeister. Nachdem Allerhöchstdieselbe die Anwesenden in bekannter Huld begrüßt hatte, machte Geheimer Ober-Medizinalrath Dr. v. Langenbeck Mittheilungen über die Delegirten-Versammlungen in Würzburg und Paris, Prof. Dr. Gurlt über die in Paris stattgehabte Ausstellung von Gegenständen über die Pflege Verwundeter, und setzte Dr. Brinkmann in beredten Worten die Nothwendigkeit geeigneter Vorbereitung im Frieden für die freiwillige Pflege im Kriege auseinander. Ihre Majestät die Königin schenkte den Vorträgen die ehrendste Aufmerksamkeit und hatte dann die besondere Gnade, mit dem Vorstande über viele Gegenstände, welche diesem Zweige der Wohlthätigkeit angehören und für welche bekanntlich Allerhöchstdieselbe eine unermüdliche und alle für die Sache sich interessirenden Persönlichkeiten zu unausgesetzter Thätigkeit ermunternde Theilnahme hegt, sich zu unterhalten. Hierauf richtete Ihre Majestät an einzelne der anwesenden Herren huldreiche Worte und verließ die Versammlung unter dem allgemein erschallenden dreifachen Hoch auf die Vereinsprotektoren, Se. Majestät den König und Ihre Majestät die Königin. Das preußische Volk ist es nicht allein, welches seiner edelmüthigen Königin den Dank treuer Anhänglichkeit für ihre warme Theilnahme an diesem heiligen Interesse des Vaterlandes zollt; wir haben erfahren, daß, als in Würzburg vor einigen Monaten die Delegirten der süddeutschen Vereine sich versammelt hatten, am Schlusse der Berathungen ein geselliges Festmahl stattgefunden hat, bei welchem die erste Gesundheit der deutschen Königin galt, die in den schweren Kriegszeiten ihrem Lande als Vorbild höchster Vaterlandsliebe voranleuchtete.

— (K. Z.) Unsere Verhältnisse zu Rußland wurden vorgestern von einigen Rednern der Opposition in dem Abgeordnetenhause debattirt, leider in einer nicht sehr geschickten Weise. Wenn man hervorhob, daß eine Ermäßigung des russischen Tarifs im Interesse des dermalen nothleidenden Ostpreußen dringend nöthig sei, so macht dieses Argument dem Herzen des Redners alle Ehre. Aber er irrt sich gewiß, wenn er etwa glaubt, daß es auf Rußland einen großen Eindruck mache. Bekanntlich aber läuft die Kartel-Konvention mit Rußland in zwei Jahren zu Ende; und die Ankündigung, dieselbe werde unter keinerlei Umständen erneuert werden, wenn nicht Rußland die Prohibition und Erschwerung des Grenzverkehrs, unter welcher seine eigenen Unterthanen am allermeisten leiden, aufgiebt, wird ein weit wirksameres Kompelle bilden, als Löwe's sentimentale Hindeutung auf den Nothstand in Ostpreußen, wegen dessen sich russische Staatsmänner schwerlich graue Haare wachsen lassen. Eben so wenig entsprach die Berührung der sogenannten „baltischen Frage" den Interessen der Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen. Wen 60,000 Deutsche gegen 60,000,000 Russen stehen, so entspricht es schwerlich dem Interesse der ersteren, den Racenhaß der letzteren aufzustacheln; und völkerrechtlich sind wir eben so wenig berechtigt, zu Gunsten der deutschen Unterthanen in Rußland zu interventren, wie zu Gunsten der deutschen Franzosen im Elsaß oder der deutschen Amerikaner am Ohio. Wir glauben zureichende Gründe zu haben zu der Annahme, daß die russische Regierung selbst doch nachgerade einsieht, wie sehr die Maßregeln gegen die Deutschen in den russischen Ostseeprovinzen ihr eigenes Interesse schädigen. — Die Absicht eines Theiles der Opposition, auch die Frage der Freilassung der aus Anlaß der letzten polnischen Bewegung in Sibirien detinirten preußischen Unterthanen zu diskutiren, wurde wieder aufgegeben, und zwar aus dem guten Grunde nämlich, weil Seitens der preußischen Regierung schon die nöthigen Schritte geschehen, weil viele der Reklamirten bereits zurückgekehrt und auch bezüglich der übrigen die besten Aussichten vorhanden, letztere aber natürlich mehr oder weniger von dem guten Willen der russischen Regierung bedingt sind.

— Der Abgeordnete Lesse bringt zum Etat des Kultus-Ministeriums einen Antrag ein, betreffend die Errichtung eines besonderen Lehrstuhles für Handelsrecht an den preußischen Universitäten, mindestens aber an der Universität zu Berlin.

— In Betreff der Petition verschiedener Mitglieder landwirthschaftlicher Vereine Ostpreußens um Reorganisation der Hypotheken- und Subhastations-Ordnung empfiehlt die Justizkommission des Herrenhauses einstimmig, „der Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, daß dieselbe 1) dem nächsten Landtage den schon wiederholt als nahe bevorstehend verheißenen Entwurf einer neuen Hypotheken-Ordnung, auf Grundlage der vom Herrenhause bereits im Jahre 1857 deshalb gegebenen Anregung, vorlege, 2) die legislativen Bedürfnisse auf dem Gebiete des Subhastations-Verfahrens einer eingehenden Prüfung unterziehe und baldigen Erledigung zuführe."

Berlin, 12. Dezbr. (Haus der Abgeordneten.) 15. Sitzung. Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten. — Am Ministertische: Frhr. v. d. Heydt und der Regierungs-Kommissar Geheime Ober-Finanzrath Mölle; später Minister v. Selchow. — Die Tribünen sind anfangs nur schwach besetzt. — Abg. Dr. Glaser überreicht einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Errichtung von Hypotheken-Banken 2c. Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage wird Beschluß gefaßt werden, wenn dieselbe gedruckt ist. — Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetz-Entwurf, betreffend die Erhöhung der Krondotation. — Berichterstatter Abg. Graf Bethusy-Huc: M. H.! Ich bin stolz darauf, von der Kommission beauftragt zu sein, von dieser Stelle aus die Bitte an Sie zu richten, dem vorliegenden Gesetz-Entwurfe Ihre einstimmige Zustimmung zu geben. Ich empfehle die Annahme ohne Worte und einstimmig. — Eine General-Diskussion findet nicht statt, eben so wenig eine Spezial-Diskussion. — Der Gesetz-Entwurf wird mit großer Majorität (dagegen u. A. Dr. Löwe, Duncker, v. Kirchmann, Harkort, Dr. Jacobi, Schulze, Dr. Eberty) vom Hause angenommen. — Finanzminister v. d. Heydt: M. H. Ihnen Allen sind die traurigen Verhältnisse bekannt, welche in dem östlichen Theil der Provinz Preußen einen Nothstand hervorgerufen haben, zu dessen Linderung es außerordentlicher Maßregeln bedarf. Es sind bereits aus den Militär-Magazinen erhebliche Quantitäten Getreide und Mehl unter billigen Bedingungen zur Verfügung gestellt, aber es wird auch darauf ankommen, den arbeitenden Klassen durch Erwerb Gelegenheit zu geben, sich die Lebensmittel zu beschaffen. Zu dem Zwecke hat die Staatsregierung alle Bauten gefördert, so weit es der Betrieb gestattet, sie hat die Arbeiten an der Ostbahn zur Legung eines zweiten Geleises in Schwung gesetzt, sie hat Chausseen, Kanalbauten unternommen, so weit sie es vermochte; sie hat ferner Vorschüsse zur Verfügung gestellt, um diejenigen Kreise, welche noch durch Chausseebauten Arbeit schaffen können, dazu in Stand zu setzen. Es wird aber auch nöthig sein, außerdem noch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen, um namentlich auch die kleinen bäuerlichen Besitzer, welche am meisten in Verlegenheit sind, in soweit sie unverschuldet sind und genügende Sicherheit stellen können, durch Vorschüsse in den Stand zu setzen, ihr Eigenthum zu erhalten. Die Staatsregierung hat geglaubt, daß die Mittel am besten beschafft werden können durch Verwendung derjenigen 1,228,000 Thaler Darlehnskassenscheine, die noch nicht vernichtet worden sind. Es wird vorgeschlagen, diese Scheine den Regierungen zu Königsberg und Gumbinnen zur Errichtung von Darlehnskassen und Agenturen zur Verfügung zu stellen. Ob man mit dieser Summe wird ausreichen können, ist noch nicht mit Bestimmtheit zu übersehen, da leider die Verhältnisse sich noch immer verschlimmern; jedenfalls wird die Summe im Stande sein, den nächsten Bedürfnissen zu begegnen. Außerdem wird die Regierung eine Vorlage wegen Ausführung einer Eisenbahn von Thorn nach Insterburg machen, und ich möchte anheimgeben, über die Behandlung dieser Vorlage erst zu beschließen, wenn die Eisenbahn-Vorlage da ist. (Es wird nach diesem Vorschlage verfahren.)

Es folgt der zweite Gegenstand der Tages-Ordnung: Vorberathung des Staatshaushalts-Etats pro 1868 im ganzen Hause. Finanzministerium; fortdauernde und einmalige Ausgaben. Hierzu sind folgende Anträge gestellt: I. Von dem Abg. Twesten: das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) im Ausgabe-Etat VII. (Oberpräsidien und Regierungen) im Titel 3 (Besoldungen) 18,500 Rℓ weniger zu bewilligen; 2) zu erklären, daß für die Herzogthümer Schleswig und Holstein nun eine gemeinschaftliche Regierung zu errichten; zum Ausgabe-Etat VIII. Titel 5–7 statt der angesetzten 26,650 Rℓ, 2100 Rℓ und 2000 Rℓ als Pauschquantum 30,750 Rℓ zu bewilligen. II. Von dem Abg. Francke und Gen.: Zu dem Bestehen zweier Regierungen für Schleswig-Holstein seine Zustimmung zu versagen. III. Von dem Abg. Dr. Virchow und Gen.: 1) die in der Zusammenstellung der in den Etats pro 1868 in Ansatz gebrachten Gehalts-Erhöhungen im Gesammtbetrage von 41,600 Rℓ geforderten Gehalts-Erhöhungen nicht zu bewilligen, sondern dem Fond von 600,000 Rℓ zu Besoldungs-Verbesserungen für Subalternbeamte bei den Lokalbehörden zuzusetzen; 2) die an den Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein zu zahlende Rente von 1[illegible]00 Rℓ so lange nicht zu bewilligen, als der unter dem 5. Mai 1865 mit dem Fürsten abgeschlossene und durch Königl. Verordnung vom 24. Mai 1867 bestätigte Vertrag die Zustimmung der Landesvertretung nicht gefunden hat. — Der Präsident theilt mit, daß Erläuterungen des Regierungs-Kommissar zum Etat, da sie noch nicht im Druck fertig, später zur Vertheilung gelangen werden und deshalb einige Positionen vom heutigen Etat abgesetzt werden müssen. Ferner hat der Abg. Dircks den Antrag gestellt, betreffend die Regulirung der Trennung zwischen dem Staats- und Stadtvermögen der Stadt Frankfurt; die Bewilligung einer Summe zur Verzinsung der Schulden Frankfurts unter dem Vorbehalt jener Regulirung auszusprechen. — Die General-Debatte wird durch den Regierungs-Kommissar Geheimen Rath Mölle eingeleitet. Der Etat erfordert die höchste Dotation in den fortdauernden Ausgaben mit 29,122,531 Rℓ gegen 12,579,131 Rℓ des Vorjahres, weil auf diesen Etat die Beiträge von 16,910,405 Rℓ an den norddeutschen Bund gesetzt. Die einmaligen Ausgaben schließen mit 221,800 Rℓ gegen 50,000 Rℓ des Vorjahres, weil ein großer Theil von Ausgaben aus dem Militär-Etat hierher übernommen worden ist, da diese Ausgaben dem norddeutschen Bunde nicht zur Last fallen können. Zum Kapitel 1 berichtigt Redner einen Irrthum in der Position, welche 41,600 Rℓ für Gehaltserhöhung der oberen Staatsbeamten auswirft: es seien neun Minister angesetzt, dürften aber nur acht Minister aufgeführt werden, da die Besoldung des Kriegsministers auf den Etat des norddeutschen Bundes übernommen sei. Die Erhöhung der Gehälter der Minister rechtfertige sich schon aus dem Umstande, daß die Minister schon vor 20 Jahren ein höheres Gehalt bezogen.

Abg. Twesten verzichtet auf das Wort und wird dasselbe bei dem Titel „Oberpräsidenten" wieder nehmen. — Abg. Dr. Virchow: Die Noth in den unteren Beamtenklassen ist groß und Abhülfe so nothwendig, daß jeder disponible Fonds dort verwendet werden muß. Allein in den alten Provinzen befinden sich circa 13,800 solcher Beamter. Ich beantrage deshalb, die Gehaltserhöhung der obern Staatsbeamten zu Gunsten der Subalternbeamten abzusetzen. Das Gehalt des Präsidenten des Ober-Kirchenraths dürfte als ein nichtstaatliches Amt auch nicht aus der Staatskasse genommen werden; ganz besonders aber müßte ich gegen die Bewilligung des Gehalts des Geh. Kabinetsraths stimmen. — Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: Es handelt sich hier nur um Erhöhungen, die geboten sind. Für die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten sind in den letzten Jahren allmälig 4–5 Millionen bewilligt und es liegt in der Absicht, mit diesen Erhöhungen fortzufahren. — Es entspinnt sich hierauf eine Debatte über die geschäftliche Behandlung des Virchow'schen Antrages und wird beschlossen, über denselben bei dem Titel 1 des Etats abzustimmen. Das Haus fährt darauf in der General-Diskussion über den Finanz-Etat fort. Abg. Dr. Techow stimmt dem Antrage des Abg. Dr. Virchow bei, umsomehr, da der schon durch die Kabinetsordre vom 10. Januar 1863 sanktionirte Normal-Etat der Gymnasiallehrer-Gehälter noch immer nicht vollständig durchgeführt ist. — Regier.-Kommissar Geh. Ober-Finanzrath v. Mölle: Durch die verschiedenen eingetretenen Gehalts-Erhöhungen der Subaltern- und sonstigen Unterbeamten und die Ausgleichung der Beamtengehälter in den neuen und alten Provinzen sind über eine Million Thaler angesetzt. Mehr war für den Etat 1868 nicht zu bewilligen. — Abg. Lasker: Mit Bezug auf den Virchow'schen Antrag erlaube ich mir die Anfrage, ob die 50,000 Rℓ des vorjährigen Etats, zu denen ein ähnlicher Antrag vorlag, auch wirklich in dem beantragten Sinne verwandt worden seien. Mir ist ferner eine merkliche Erhöhung des Beamtenpersonals aufgefallen, während ich geglaubt hatte, daß die Vergrößerung des Landesgebiets die beste Gelegenheit geboten hat, unnöthiges Schreiber-Personal und Decernenten-Stellen zu beseitigen und das oft so betonte Prinzip der Abschaffung des unnöthigen Bureaukratismus zu realisiren.

Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Finanzrath v. Mölle: Was die Vermehrung der Rathsstellen in der 1. Abtheilung anlangt, so sind die Arbeiten in der That derartig gewachsen, daß eine solche nicht zu vermeiden war. Hauptaufgabe muß es für das Finanzministerium bleiben, die diesseitig einlaufenden Vorschläge, namentlich in Betreff der neuen Provinzen, einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen. — Finanzminister Frhr. v. d. Heydt: In Bezug auf die für die neuen Provinzen nothwendige Informationen sind ohne Anspannung aller Kräfte und Vermehrung der betreffenden Rathsstellen nicht zu erlangen gewesen. Selbst die verlangte Vermehrung der betreffenden Stellen macht eine außerordentliche Thätigkeit nicht überflüssig. Ich glaube, Ihnen die Vermehrung dieser Stellen empfehlen zu können. — Abg. Lesse: Ich erkenne vollkommen an, daß auch eine Gehaltserhöhung für die höheren Beamten nöthig ist. Wenn ich dennoch für den Virchowschen Antrag stimmen muß, so geschieht dies aus den schon von den Abgg. Virchow und Twesten ausgeführten Gründen. Wenn wirklich zur Verbesserung der Subaltern-Gehälter hohe Summen angesetzt sind, so scheint dies immer noch nicht auszureichen, da täglich Petitionen solcher Beamten an uns gelangen, die mehr aus Noth als aus Unbescheidenheit entspringen. — Abg. Graf Bethusy-Huc: In meinem und meiner politischen Freunde Namen erkläre ich, daß, wenn wir für die Verbesserung der höheren Gehaltsstellen stimmen, es keineswegs geschieht, weil wir eine Verbesserung der Subaltern-Gehälter nicht für nöthig erachten, sondern weil wir die Motive des Antrags nicht anerkennen können, nachdem eine Realunion in Bezug auf die neuen Landestheile wirklich eingetreten ist. — Abg. Windthorst (Meppen): Ich muß zu meinem Bedauern gegen jede Erhöhung der betreffenden Gehälter stimmen. Zur Begründung meines Votums mache ich darauf aufmerksam, daß wir uns gegenwärtig noch gar nicht in fertigen Zuständen befinden. Die meisten Ministerien unseres Staates sind durch die Bundesbehörden gleichsam mediatisirt. Vor allen Dingen wäre es nothwendig, zunächst das Verhältniß zwischen der Bundes-Regierung und der preußischen Staats-Regierung endgültig festzustellen. Aus mehreren Vorlagen ersehen wir, daß die Verhältnisse allerdings nur provisorisch sind, was mich bestimmt, gegen die angesetzten Erhöhungen zu stimmen, obwohl ich über Zahlen und Ziffern nicht streiten will. Ich kann nur für die Dauer geregelte Etatsposten bewilligen.

Abg. Graf Schwerin: Im Laufe der letzten Jahre ist nach bestimmten Grundsätzen das Gehalt aller Beamtenklassen erhöht worden. Es wäre ein Akt der Ungerechtigkeit, wollten wir jetzt stehen bleiben, wo wir zu den höchsten Klassen gelangt sind. Vor 1848 waren die Ministergehälter höher als heute und durch die Bewilligung dieser Erhöhung üben wir Nichts, als einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Den Antrag des Abgeordneten Virchow halte ich für unannehmbar, da wir zur Hineinbringung neuer Summen in den Etat die Zustimmung der Regierung bedürfen. — Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. Bevor in der Diskussion fortgefahren wird, erhält das Wort der Handelsminister Graf zu Itzenplitz: Er dankt dem Hause für die im vergangenen Jahre dem Eisenbahnwesen erwiesene Unterstützung und knüpft daran die Hoffnung, daß dies in diesem Jahre nicht weniger der Fall sein werde, und fährt fort: In den neuen Provinzen fanden wir angefangene Eisenbahnen vor, die nicht liegen bleiben konnten; sodann bedarf es auf manchen Bahnen zu einem schärferen Betriebe einer Vermehrung des Betriebsmaterials. Zu diesem Zwecke sind in Hannover erforderlich 6,319,000 Rℓ in Hessen 6,000,000 Rℓ — in Nassau 3,114,000 Rℓ, zusammen für die neuen Landestheile 15,433,000 Rℓ — für die alten Provinzen zusammen 24,567,000 Rℓ, in Summa also 40,000,000 Rℓ; für die größeren Strecken ist für die Ausführung des Baues eine sechsjährige Periode angenommen. In Bezug auf die geschäftliche Behandlung dieser Vorlage, die ich hiermit überreiche, will ich dem Herrn Präsidenten durch einen Vorschlag nicht vorgreifen. — Das Haus beschließt nach längerer geschäftlicher Debatte, die Eisenbahn-Vorlagen einer besonderen Kommission von achtundzwanzig Mitgliedern, wozu namentlich Mitglieder der Provinz Preußen gewählt werden sollen, zu überweisen. Dann fährt das Haus in der General-Diskussion über den Etat des Finanz-Ministeriums fort. Der erste Redner ist der Abg. Dr. Virchow: Derselbe vertheidigt den von ihm gestellten Antrag, die 10000 Rℓ für Aufbesserung der Gehälter der oberen Beamten abzusetzen und die 600,000 Rℓ welche für Aufbesserung der Subalternbeamten-Gehälter angesetzt sind, zuzufügen. Die oberen Beamten wie die Ober-Präsidenten könnten auch mit dem Publikum im Verkehr bleiben ohne Diners und andere Festivitäten, dagegen sei es Thatsache, daß die Gehälter der Unterbeamten, namentlich der Bureaubeamten, nicht in dem Verhältniß zu dem Bedürfniß derselben stehen. Stimmen Sie

meinem Antrage zu, so thun wir nichts Anderes, als was schon im vorigen Jahre geschehen ist und dem die Regierung auch durch Ausführung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses beigetreten ist. — Darauf wird der Schluß der General-Diskussion angenommen.

In der Spezialdebatte nimmt zu Tit. 1 „Besoldungen" der Abg. Duncker das Wort und motivirt den Antrag des Abg. Virchow noch einmal dadurch, daß das Gesetz über die Dotationen der Volksschullehrer noch nicht vorgelegt sei. So lange er nicht wisse, ob die darin ausgesetzten Besoldungen den nöthigen Anforderungen entsprechen, könne er seine Zustimmung zu den Gehaltserhöhungen der Minister nicht geben. — Abg. Techow: Auch ich kann denselben um so weniger zustimmen, als der Staat nicht einmal die im Normal-Etat für die Lehrer längst anerkannten älteren Verpflichtungen zu erfüllen im Stande ist. — Abg. v. Patow: Man ist mit den Gehaltsverbesserungen von den untersten Beamten-Kategorieen allmälig aufwärts vorgeschritten; es wäre in hohem Grade unbillig, nachdem man bereits 4 Millionen für diesen Zweck bewilligt und verausgabt hat, jetzt die 39,000 Rt. zu streichen, welche bestimmt sind, durch Gehaltserhöhungen der höchsten Beamten den Schlußstein zu bilden. — Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten, und zwar der Reihe nach über die Gehaltserhöhungen, die der Etat für die Beamten der höchsten Kategorieen in Anspruch nimmt. Die Erhöhung der Ministergehälter (von 10,000 auf 12,000, in Summa um 18,000 Rt.) wird in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 152 Stimmen angenommen.

Dafür stimmen die beiden konservativen Frationen, die Altliberalen, einzelne Mitglieder der Fraktion der Nationalliberalen, des linken Centrums und des Centrums; dagegen die Fortschrittspartei, die Polen, der größte Theil der Nationalliberalen und des linken Centrums; auch Präsident von Forckenbeck stimmt dagegen. Die Minister von Selchow und Graf zu Eulenburg enthalten sich der Abstimmung, von der Heydt verließ vor ihr den Saal. Von den Nationalliberalen und dem linken Centrum stimmen u. A. dafür: v. Benda, Dr. Braun (Wiesbaden), Engel (Leobschütz), Dr. Faucher, Grumbrecht, Haack, Lauenstein, Miquel, Pieschel, Graf Schwerin, Dr. Werenberg, Stavenhagen, Röpell, Overweg.

Es folgt die Abstimmung über die Erhöhung des Gehalts des Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer von 6000 auf 7000 Rt.; dafür die gesammte rechte Seite des Hauses; dagegen die Linke; da dem Bureau auch nach erfolgter Gegenprobe das Resultat zweifelhaft ist, wird gezählt; die Zählung ergiebt die Ablehnung der Erhöhung mit 178 gegen 165 Stimmen; von der rechten Seite wird jetzt namentliche Abstimmung beantragt; dieselbe ergiebt, daß die Erhöhung mit 173 gegen 200 Stimmen abgelehnt wird; es stimmen auch fast alle diejenigen Nationalliberalen dagegen, die vorhin für Erhöhung der Ministergehälter gestimmt haben; mit den Konservativen stimmen nur die Altliberalen, außerdem die Abgg. Overweg, Stavenhagen; mit Nein stimmen diesmal auch die Abgg. v. Lyncker, von Richthofen (Jauer). — Es folgt die Abstimmung über die Erhöhung des Gehalts für den Ersten Präsidenten des Ober-Tribunals von 6000 auf 7000 Rt. Dagegen stimmen jetzt mit der Linken auch u. A. die Abgg. v. Vincke (Minden), Graf Renard; die Erhöhung wird auch hier abgelehnt. — Es folgt die Abstimmung über die Erhöhung der Gehälter für 11 Oberpräsidenten von je 6000 auf 7000 Rt.; für die Erhöhung die Konservativen, die Altliberalen, außerdem Graf Schwerin, Grumbrecht, Miquel, Lauenstein; dagegen alle übrigen Fraktionen, außerdem aber auch v. Vincke (Minden). Da das Bureau auch nach der Gegenprobe zweifelhaft bleibt, wird gezählt. Als Resultat ergiebt sich, daß die Erhöhung mit 185 gegen 182 Stimmen abgelehnt wird. Von der rechten Seite wird nun wiederum namentliche Abstimmung beantragt, deren Resultat ist, daß die Erhöhung mit 189 gegen 184 Stimmen bewilligt wird. (Beifall rechts). Es ist bemerkenswerth, daß der Ober-Präsident v. Scheel-Plessen für die Erhöhung stimmte Darauf wird abgestimmt über die Erhöhung des Gehaltes für den Unterstaatssekretär der geistlichen Angelegenheiten von 4000 auf 4500 Rt. Da auch hier wieder nach erfolgter Gegenprobe das Bureau zweifelhaft bleibt, muß wiederum Zählung erfolgen; dieselbe ergiebt, daß die Erhöhung mit 180 gegen 177 Stimmen abgelehnt wird. Es wird von der Rechten auch für diese Position namentliche Abstimmung verlangt, ein Vorschlag, dessen Zwang sich die Linke mit verzweifelter Heiterkeit unterwirft; denn jede namentliche Abstimmung kostet im Durchschnitt 35 Minuten, und nachdem der Saal erleuchtet ist, nähert sich seine Temperatur rasch + 20 Grad R. Das endgültige Resulat ist, daß die Erhöhung für den Unterstaatssekretär im geistlichen Ministerium mit 188 gegen 181 Stimmen abgelehnt wird. — Es wird darauf von verschiedenen Seiten Vertagung beantragt und einstimmig beschlossen. — Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen und Wahlprüfungen. Schluß 4½ Uhr.

Hamburg, 12. Dezember. Die „Börsenhalle" veröffentlicht folgende Privat-Depesche aus St. Thomas vom 4. d.: „Die Erderschütterungen vermindern sich. Die Waarenlager sind sämmtlich gerettet."

Dresden, 12. Dezember. Eine Wiener Korrespondenz des „Dresdener Journal" meldet, die österreichische Regierung werde die vom Abgeordnetenhause vorgeschlagenen Gesetzentwürfe über Schule und Ehe nicht von einer Revision des Konkordats abhängig machen, sondern in jenen Zweigen der Gesetzgebung schon vorher selbstständig vorgehen.

München, 12. Dezember. Auf der Militär-Konferenz der süddeutschen Staaten sind keine bindenden Beschlüsse gefaßt worden. Man beschränkte sich darauf, die Wünsche der Militärbevollmächtigten protokollarisch festzustellen. Die Friedensstärke, sowie die Formation der Chargen der süddeutschen Armeen sollen den im norddeutschen Bunde eingeführten nachgebildet werden. Baiern ist gegen die Bewaffnung und das Exerzier-Reglement des norddeutschen Bundes. Eine Abmachung, betreffend die Bundesfestungen, ist nicht erfolgt. Die Verhandlungen darüber, sowie über eine gemeinsame Waffenübung sollen später erfolgen.

Ausland.

Paris, 10. Dezember. Der Kaiser empfing neulich eine Arbeiter-Deputation aus dem industriereichen Norddepartement, welche lebhafte Beschwerden über den Handelsvertrag mit England zur Sprache brachte. Derselbe geht bekanntlich schon 1870 zu Ende, und es bereitet sich eine Agitation gegen Erneuerung desselben namentlich in den Manufaktur-Provinzen des Reiches vor. Im gesetzgebenden Körper will der Schutzzöllner Puyer-Quertier die Sache in einer eigenen Interpellation zur Sprache bringen.

Paris, 11. Dezember. Die Nachricht bestätigt sich, daß in nächster Zeit hierselbst Unterhandlungen zwischen den Vertretern der fünf Großmächte stattfinden werden, um die Grundlagen für eine allgemeine Konferenz festzustellen.

Florenz, 12. Dezember. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer machte der Finanzminister Cambray-Digny die Vorlage zweier Gesetzentwürfe zur Genehmigung des Budgets von 1868. — Das Budget ergiebt eine Ersparniß von 18 Millionen Franks im Vergleich mit dem Budget von 1867. Im Staatsschatz befinden sich 184 Millionen, um den Verpflichtungen des Staats zu genügen. Da der Budget-Ausschuß nicht im Stande sein wird, den Bericht vor dem 31. Dezember zu prüfen, unterbreitet der Minister einen anderen Gesetzentwurf für die provisorische Vollziehung des Budgets bis zum 31. Januar k. J. — Der Minister wird eine Darlegung der Finanzen der Kammer am 15. Januar unterbreiten, allein es sei nicht nothwendig, daß durch diesen Aufschub die Kammer verhindert werde, die wichtigen finanziellen Gesetzentwürfe, welche ihr bereits vorgelegt sind, zu berathen. Das Ministerium nimmt den von dem Ausschuß vorgeschlagenen Gesetzentwurf zur Besteuerung von Mehl mit einigen geringen Modifikationen an, indem sie denselben den Vorzug vor dem von Ferrara eingebrachten Gesetzentwurfe giebt. Der Minister verspricht der Kammer Anfangs Januar einen Gesetzentwurf über das Rechnungssystem des Staates und hofft, im Monat Februar das Budget für 1869 vorzulegen.

London, 12. Dezember. Reuters Office veröffentlicht folgende per Hamburg-Amerikanischen Dampfer „Saxonia" aus Newyork vom 30. November eingegangene Nachrichten: Im Senate wurde eine Resolution eingebracht, welche sich für Neutralität in dem Kriege zwischen England und Abyssinien ausspricht. — Mr. Monill brachte einen Gesetzentwurf ein zu Gunsten der nach dem Verlaufe des nächsten Juli zu bewerkstelligenden Baar-Einlösung der nationalen Banknoten und legal tender notes; außerdem bezweckt der Gesetzentwurf, die Regierung zu verpflichten, alles dem Staate gehörige Gold, welches den Betrag von 75,000,000 Dollars überschreitet, zu verkaufen. — General Hancock ist in New-Orleans angekommen und hat dort das Kommando des fünften Militärkreises übernommen. Der General hat Redefreiheit, Schwurgerichtsverfahren und Aufrechterhaltung der Habeas-Corpus-Acte dekretirt. Die Militärgerichte haben nur dann einen Vorrang vor den Civilgerichten, wenn die letzteren nicht ihre Schuldigkeit gethan haben. — Die Konvention des Staates Alabama hat die Verordnung, welche die Ehe zwischen Negern und Weißen verbietet, verworfen. — In Newyork wurde eine Prozession zu Gunsten der hingerichteten Fenier abgehalten. Bei derselben betheiligten sich 5000 Irländer; die Polizeimannschaften verweigerten ihre Betheiligung aus Rücksicht auf die von den Feniern getödteten Polizeibeamten. — Aus Mexiko wird gemeldet, daß Admiral Tegethoff die Forderungen Mexiko's an Maximilian geordnet habe. — Santa Anna ist in Havanna erkrankt.

— Die „Times" sagen in ihrem heutigen Leitartikel über die Römische Frage, das französische Volk sowohl wie die französische Regierung müsse die Idee aufgeben, daß in Italien eine Meinungsverschiedenheit über die weltliche Gewalt des Papstes herrsche. Das Loos Italiens hänge ab von der Aufrechterhaltung des Kammervotums vom Jahre 1861, welches Rom als Hauptstadt Italiens erklärt.

Pommern.

Stettin, 13. Dezember. Der Herr Oberbürgermeister Burscher in Elbing hat sich nunmehr zur Annahme der hier auf ihn gefallenen Wahl bereit erklärt.

— Die Königl. Staatsanwaltschaft zu Stralsund bietet eine Belohnung von 50 Thlr. für die Ermittelung von vier Personen, welche am 4. d. Mts. Abends 7 Uhr den Tagelöhner Ohldrich aus Pantelitz auf dem Wege von Viersdorf nach Krönnevitz seiner Baarschaft und Kleidung soweit beraubt haben, daß der Beraubte nur mit Hemd und Strümpfe bekleidet blieb.

— Der Pastor Eichler in Bublitz ist von des Königs Majestät zum Superintendenten der Synode Bublitz ernannt und in das ihm verliehenen Ephorolamt eingeführt.

— An der gehobenen Töchterschule hierselbst ist der Predigtamts-Kandidat Gemberg fest angestellt.

Aus **Plathe,** 11. Dezember, schreibt man der „Od.-Z.": Durch die umsichtige und erfolgreiche Thätigkeit des aus Stettin hierher requirirten Kriminalkommissarius Buntrock ist unsere Einwohnerschaft von dem beängstigenden Gefühl der Furcht vor Feuersbrünsten erlöst. Nachdem im Laufe dieses Jahres schon 19 Scheunen und ein Haus in der Stadt eingeäschert waren, brannte am 23. November das Haus des Bäckermeister Liskow und am 29. November schon wieder vier isolirte Scheunen nieder. Dem Agenten der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft waren die letzten Brände so verdächtig, daß auf seinen Antrieb ein Untersuchungsbeamter herverlangt wurde. Am 5. Dezember kam Letzterer hier an und ermittelte zunächst Zeugen, welche gehört hatten, daß der Bäcker Liskow und sein Inquilin, der Kommissionär Büstrin, geäußert: „Der Scheunenbrand deckt uns." Demnächst stellte sich heraus, daß Liskow sein Gebäude nebst zugehörigem Landbesitz im Jahre 1863 für 2000 Thlr. gekauft, die Gebäude allein aber mit 2700 Thlr., sein Mobiliar und Vorräthe mit 2840 Thlr. bei der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert hatte. Die Bäckerei des Liskow war sehr unbedeutend, er trieb außerdem Handel mit Grütze, welche er auf einer Handmühle herstellte. Kurz vor dem Brande hatte er eine Fuhre Grütze zu seinem Bruder nach Gülzow und eine Fuhre Hafer nach Naugard zum Verkauf gefahren. Nachdem die Untersuchung schon eingeleitet war, hat sich denn Liskow auch bereit erklärt, statt der 2840 Thlr. für Mobiliar und Vorräthe — noch nicht voll 700 Thlr. als Entschädigung von der Versicherungsgesellschaft anzunehmen. Der bei Liskow zu Miethe wohnende Kommissionär Büstrin hat sein Mobiliar für 1130 Thlr., gleichfalls bei der Magdeburger Gesellschaft, versichert gehabt, nachdem er dasselbe im Jahre 1863 an einen Ackerbürger in Greifenberg verkauft und vorher einen Manifestationseid geleistet hatte. Gegen diesen wird also auch wegen Meineid Anklage erhoben werden, er aber sammt Liskow sind als der Brandstiftung am 23. und 29. November dringend verdächtig verhaftet worden.

Konzert.

Kompositionen von Lißt, Schumann und Wagner, den Repräsentanten der Zukunftsmusik, füllten mit Ausnahme einer Nummer den ersten Theil des Programms aus, welches uns die „Stettiner Liedertafel" unter Mitwirkung des Herrn Nathusius und der Orlin'schen Kapelle am Mittwoch den 10. d. M. vorführte. Im Hinblick auf den im zweiten Theile zu erwartenden Genuß, sowie rücksichtlich der in Nr. 3 (Capriccio von Mendelssohn) verheißenen Erquickung anerkannten wir von vornherein die Wahl des Konzertprogramms und ließen uns durch den mächtigen Eindruck (den Ausdruck „Betäubung" zu vermeiden) der Rienzi-Ouvertüre nicht außer Contenance bringen. Genanntes Werk, obgleich es manches Vortreffliche bietet, ist unsers Erachtens zum Vortrage im Konzertsaale nicht geeignet, da man sich hier nicht in die durch die Handlung der Oper bedingte Stimmung zu versetzen vermag und daher einerseits den Mangel an ansprechender Melodie, sowie andererseits die fast erschütternd wirkende Instrumentation nur um so mehr empfindet. Das Vereinslied von Fr. Lißt (Nr. 2) wurde von dem Sängerchor unter Leitung des Herrn Beschnitt in der seiner Stellung unter den Männer-Gesangvereinen Deutschlands würdigen Weise vorgetragen. Besonders erwähnen wir einer Hauptbedingung des musikalischen Ausdrucks, welche sowohl in dieser als auch in den übrigen Vokalpiècen bis zur Vollkommenheit erfüllt wurde: des metrischen und deklamatorischen Accentes, dessen Wirkung die in hohem Maße erreichte Auffassung und Routine der Sänger dokumentirte. Auch die Stimmmittel genügten allen Anforderungen, wenngleich in der tieferen Lage der Baß, namentlich in dem charakteristischen, abwärts harpeggirten Septimen-Akkorde, nicht zur vollen Geltung gelangte. Das Waldlied von R. Schumann (Nr. 4) wäre effektvoller zum Vortrage gelangt, wenn die begleitenden Stimmen mehr gedämpft worden wären, was bei vier Hörnern durch Stopfung leicht zu erreichen war. In der dritten und fünften Nummer des Programms wurde durch die rühmlichst bekannten Leistungen des Herrn Nathusius eine angenehme Abwechselung geboten. Das Capriccio in H-moll von Mendelssohn, für Orchester und Solo-Pianoforte, erregte unsern Beifall durch die Feinheit und Präzision des Vortrags; wogegen die Fantasie aus Norma von Lißt den Vortragenden besonders in seiner vollkommenen Beherrschung der Technik glänzen ließ. Hier sei zugleich bemerkt, daß der Bechsteinsche Flügel aus dem Magazin des Herrn Wolkenhauer uns durch seinen kraft- und dabei gesangvollen Ton freudig überraschte.

Den zweiten Theil bildete „Eine Nacht auf dem Meere" von W. Tschirch. Die Beurtheilung dieses Werkes, welches unstreitig der Glanzpunkt des Konzertes war, glauben wir unterlassen zu dürfen, wenn wir bemerken, daß dasselbe von der Berliner Akademie für Männergesang den Preis erhielt. Für die Aufführung, im Ganzen wohl gelungen, sprechen wir dem Herrn Dirigenten unsern Dank aus, indem wir gestehen, daß der dadurch gebotene Genuß unsere Erwartung übertraf. Die Chöre ließen überall fleißiges Studium erkennen und bildeten in ihrer sichern und guten Ausführung, verbunden mit der angemessenen Haltung des Orchesters ein, den Intentionen des Komponisten entsprechendes Ensemble. Unter den Solisten wurden der Tenorist und Baritonist durch wohlverdienten Applaus ausgezeichnet; in dem Liede des Kapitäns (welches leider durch das hörbare Markiren des Rhythmus Seitens des Dirigenten Einbuße erlitt) wußte Ersterer der Sehnsucht nach der Heimath gelungenen Ausdruck zu verleihen, während Letzterer in dem Matrosenliede die ganze Schönheit seiner klangvollen Stimme zu entfalten verstand. In der Sturm-Scene hätten wir vom Orchester, das die Solostimmen fast gänzlich unterdrückte, mehr Diskretion gewünscht. Das ganze fand einen würdigen Abschluß in dem, mit voller Begeisterung vorgetragenen Schlußchor, der einen erhebenden Eindruck auf alle Zuhörer machte. C. O.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 12. Dezember, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Ottilie, Faecks von Newcastle. Olga, Steinhöfel; Sebaldus, Ewert von Kopenhagen. Willemos, Rasmussen von Rönne. Wind: NW. Revier 15½ F. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. Dezember. Witterung: bewölkt., Temperatur — 3° R. Wind: N.

Weizen behauptet, per 2125 Pfd. gelber inländischer 94—97 Rt. bez., bunter polnischer 92—94 Rt. bez., ungarischer 86—90 Rt. bez., 83 bis 85pfd. gelber Dezember 94 Rt. Br., Frühjahr 97¼ Rt. Br., 97 Rt. Gd.

Roggen per Frühjahr fest, sonst wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco geringer 70—72 Rt. bez., feiner 73—74 Rt. bez., feiner ungarischer 73¾ Rt. bez., Dezember 73½ Rt. Br., Frühjahr 74 Rt. bez. u. Br.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer 47—50pfd. Frühjahr 36½ Rt. bez., 36½ Rt. Br.

Erbsen Futter- Frühjahr 68½ Rt. Gd.

Rüböl wenig verändert, loco 10⅓ Rt. Br., kurze Lieferung $10\frac{1}{6}$ Rt. bez., Dezember $10\frac{1}{6}$ Rt. bez., $10\frac{1}{6}$ Br, Dezember-Januar $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., April-Mai 10¾ Rt. Br. u. Gd.

Rappkuchen fremde frei Bahn 2 Rt. 5¼ Sgr. bez.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 20⅓ Rt. bez., Dezember und Dezember-Januar $20\frac{1}{12}$ Rt. Gd., Januar-Februar 20¼ Rt. Br., Frühjahr $20\frac{11}{12}$ Rt. bez. u. Br

Regulirungs-Preise: Weizen 94, Roggen 73½, Rüböl $10\frac{1}{6}$, Spiritus $20\frac{1}{12}$.

Hamburg, 12. Dezember. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fest aber ruhig. Roggen auf Termine matter. Weizen pr. Dezember 5400 Pfd. netto 169 Bankothaler Br., 168 Gd., pr. Dezember-Januar 168 Br., 167 Gd., pr. Frühjahr 170 Br., 169 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 137 Br., 136 Gd., pr. Dezember-Januar 135 Br. u. Gd., pr. Frühjahr 133 Br., 132 Gd. Hafer geschäftslos. Rüböl stille, loco 22½, per Mai 23¾. Spiritus 29¾. Kaffee ruhig. Zink geschäftslos.

Breslau, 12. Dezember. Spiritus per 8000 Tralles $19\frac{5}{24}$. Weizen pr. Dezember 90 Br. Roggen pr. Dezember 69, pr. Frühjahr 69¼. Rüböl pr. Dezember $10\frac{1}{6}$ Br., per Frühjahr $10\frac{5}{12}$. Raps pr. Dezember 92. Zink ohne Umsatz.

Amsterdam, 12. Dezember. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen etwas flauer, per März 310. Raps und Rüböl geschäftslos.

Stettin, den 13 December.

Hamburg	6 Tag.	151¾ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	151 bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	142⅞ bz	Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
"	2 Mt.	142⅜ B	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 25¼ bz	St. Strom-V.-A.	4	—
"	3 Mt.	6 24¼ B	Pr. National-V.-A.	4	119 bz
Paris	10 Tg.	81⅓ bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
"	2 Mt.	81⅔ bz	Pomerania	4	116 B
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	104½ bz
St. Petersbg.	3 Wch.	—	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	84¼ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
"	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	97 bz	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
" "	5	103¼ B	Bredower "	4	—
St.-Schldsch.	3½	83½ bz	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	116½ B	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	75½ B	St. Dampfschlepp G.	5	—
" "	4	86½ B	St. Dampfschiff-V.	5	—
" Rentenb.	4	90¾ bz	Neue Dampfer-C.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	90 G	Germania		—
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan		86 bz
" Prior.	4	83½ B	St. Dampfmühle	4	101 G
" "	4½	95½ B	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	93½ bz	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
" Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4½	94½ B	Gemeinn. Bauges.	5	—